

V0320/22

Energetische Standards für kommunale Bauvorhaben
(Referenten: Bürgermeisterin Petra Kleine und Gero Hoffmann)

Stadtrat vom 02.06.2022

Grundsätzlich sei eine Zustimmung der Verwaltungsvorlage selbstverständlich, trägt Stadtrat Stachel vor. Trotzdem müsse man in der Zukunft mit deutlich Mehrkosten rechnen. Die angestrebte Rentabilität, Energiekosten in der Zukunft einzusparen, werde man in Zahlen nicht finden. Man werde höchstens den Energieverbrauch senken können. Die Energiekosten werden trotzdem weiter steigen, glaubt Stadtrat Stachel. Deshalb sollten die Mehrkosten in den Haushaltsansätzen Widerklang finden, sowohl in der mittelfristigen als auch in der langfristigen Planung. Um die energetische Verbesserung erreichen zu können, bittet Stadtrat Stachel darum, abzubilden, wie viel Geld in die Projekte gesteckt werden. Dies brauche man am Ende des Tages, wenn man einen Nachweis führen möchte. Weiter möchte er wissen, wie viel Prozent die Stadtverwaltung investieren möchte. Dies müsse ebenfalls in die Bilanz mitaufgenommen werden, welchen Aufwand die Stadt Ingolstadt getrieben habe.

Stadtrat Achhammer sagt, wenn er die Reaktion von Herrn Hoffmann auf die Frage von Altbürgermeister Albert Wittmann richtig gedeutet habe, gebe es noch kein richtiges Konzept, wie man mit den Sanierungen der alten Gebäude beginnen möchte. Die Stadt müsse als Vorbild bei den Sanierungen vorangehen, fordert er. Die Stadt dürfe nicht zögerlich wirken, auch wenn es teuer werden sollte. Wenn die Stadt keine Signale nach außen gebe, werden auch die privaten Bauherren nicht in die Umsetzung kommen, befürchtet Stadtrat Achhammer.

Herr Hoffmann geht auf den Einwand von Stadtrat Achhammer und Altbürgermeister Wittmann ein. Es sei richtig, dass man einen Gebäudebestand von über 600 Gebäuden in der Stadt Ingolstadt habe und diese nicht in den nächsten Jahren alle gleichermaßen sanieren werden könne. Trotzdem glaubt er, dass es einige Projekte wert seien, auf einen höheren, vernünftigen, modernen energetischen Standard gebracht zu werden. Als Beispiel hierfür bezieht sich Herr Hoffmann auf das Katharinen-Gymnasium sowie das technische Rathaus. Er werde sich bemühen, eventuell bis zur Sondersitzung mit dem Baureferat ein Konzept zu erarbeiten, welche Projekte man sich vorstellen könne, welche man mit dem Personal stemmen könne und welche Möglichkeiten es gebe um nochmal mehr Fahrt aufzunehmen. Auf die Nachfrage von Stadtrat Stachel antwortet Herr Hoffmann, dass mit den Sanierungen sicherlich Mehrkosten verbunden seien gegenüber der herkömmlichen Bauweise. Den Wert, den er im Hinterkopf habe, liege bei 100 bis 150 Euro pro Quadratmeter. Vor ungefähr 10 Jahren habe man noch von einem zusätzlichen Investitionsaufwand von ca. 10 Prozent gesprochen, erinnert er sich. Wenn man den Aufwand jedoch genau beziffern möchte, würde man die Einzelprojekte jeweils einer Referenzplanung gegenüberstellen müssen, was aber ein eher größerer Aufschlag werden würde. Deshalb werde er versuchen, mit Erfahrungs- und Überschlagswerten ein Konzept so anschaulich wie möglich darzustellen, ohne einen zu großen Aufwand betreiben zu müssen. Weiter geht Herr Hoffmann auf die noch offene Frage von Stadträtin Leininger im vergangenen Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit ein, ob aus Gebäuden, welche sich bereits in der Planung befinden, doch noch ein höherer Standard gemacht werden könne. Tatsächlich gäbe es viele Projekte in der Entwurfsplanung wie z.B. den Neubau in Hundszell und Haunwöhr sowie die Erweiterung und Grundschulsanierung der Grundschule in Irgertsheim, bei denen ein Effizienzhaus

Standard 40 EE umgesetzt werden könne. Bei dem Altbau in Haunwöhr habe man vor den 70er Standard zu erreichen. Bei der Mittelschule in Friedrichshofen befinde man sich bisher im Wettbewerbsverfahren. Diese könne man insofern wie einen Neubau behandeln. Bei der Sanierung der Kita in Irgertsheim könne nur der Mindeststandard umgesetzt werden, da man hier in der Planung schon zu weit sei. Auch beim Feselenbau der Wilhelm-Ernst-Grundschule schaffe man lediglich die BEG 100 EE.

Stadtrat Lange sagt, er sei sehr froh und dankbar darüber, dass quer durch den gesamten Stadtrat die Einsicht in die Notwendigkeit der energetischen Sanierungen da sei. Er erinnere sich an verschiedene Anläufe der ÖDP und auch von Seiten der Grünen, in diese Richtung zu gehen und dass man zu dieser Zeit noch nicht so erfolgreich war. Heute seien die, die damals blockiert haben, an der Spitze derer, die Sondersitzungen und diese Energieeffizienz in Gebäuden fördern. Weiter merkt er an, dass ihm die Konzentration und Fokussierung in dieser Beschlussvorlage auf die städtische Verwaltung etwas zu stringent und zu stark sei. Hier teile er die Ansicht von Stadtrat Achhammer, dass die Stadt als Vorbild, nicht nur für die städtischen kommunalen Gebäude, sondern auch für all die Gebäude, welche von InkoBau, der IFG, der Stadtwerke Freizeitanlagen und weitere Immobilieneigentümer saniert werden, vorangehe.

Bürgermeisterin Kleine antwortet, es sei tatsächlich so gemeint, allerdings nicht so zum Ausdruck gebracht. Der Antrag der Verwaltung sei eine erste Festlegung aus dem Ziel klimaneutrale Verwaltung 2030, zu dem auch die Beteiligungsgesellschaften gehören. Der Transport dieses Antrages sei zugegebenermaßen noch etwas diffus. In den Beteiligungsgesellschaften seien entsprechende Beschlüsse zu fassen. Bürgermeisterin Kleine bedankt sich für den Hinweis. Insofern würde sie die Anmerkung als Ergänzungsantrag mitaufnehmen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll merkt an, dass in den Beteiligungsgesellschaften allerdings nochmal geprüft werden müsse, was im Einzelfall möglich sei. Beim Bauprojekt der Stadtwerke Freizeitanlagen, welches bereits am Laufen sei, sei wahrscheinlich der Zug schon ein Stück weit abgefahren, geht sie davon aus. Nichtsdestotrotz sollten sich die Gremien in den Beteiligungsgesellschaften auch damit befassen, was sinnvoll ist und was nicht ist.

Stadtrat Dr. Schuhmann vertritt die Meinung, dass eine Fassadenbegrünung bei zunehmender Klimaerwärmung wertvolle Dienste leisten könne. Deshalb bittet er darum, zusätzlich zu den Photovoltaikanlagen und Dachbegrünungen, bei günstigen Voraussetzungen auch eine Fassadenbegrünung als Maßnahme in den Antrag mitaufzunehmen.

Bürgermeisterin Kleine sagt, dies sei ein probates Mittel für jedes Haus und könne deshalb einfach mitaufgenommen werden.

Stadtrat Dr. Meyer sagt, die Ausschussgemeinschaft FDP/JU habe zwar dem Klimaschutzkonzept zugestimmt, aber die Kritik, dass das Konzept hier und da noch etwas zu schwammig sei, bleibe weiterhin und auch konkret zu diesem Punkt, der separat auf der Tagesordnung stehe. Deshalb fordere eine Vorausschau auf die Projekte, die aktuell beim Effizienzhaus 40 bei Neubauten und Standard 70 bei Generalsanierungen, anstehe. Bezüglich der Mitteilung der Einschätzung, dass es viele Gebäude seien, brauche man einen klaren Fahrplan, sagt Stadtrat Dr. Meyer an Herrn Hoffmann gewandt. Wenn die Stadt als Vorbild vorangehen möchte, müsse der Stadtrat auch darüber informiert werden, in welcher Zeitschiene welche Projekte geplant werden, um sie auch mitverfolgen können. Deshalb sei seine klare Bitte an die Verwaltung, einen Fahrplan für die nächsten drei Jahre zu erstellen, um für den Stadtrat auf diesem Gebiet Transparenz zu schaffen.

Herr Hoffmann könne die Kritik von Stadtrat Dr. Meyer gut nachvollziehen. Das Bauinvestitionsprogramm diene zwar eigentlich mehr als ein Tool der Finanzplanung, aber lasse auch sehr deutlich werden, welche Projekte in nächster Zeit kommen und in welchem Finanzvolumen diese umgesetzt werden können. Dies sei ein erster Ansatzpunkt, von dem aus man diese Frage diskutieren könne.

Stadtrat Reibenspieß sagt, ihm gefalle der Vorschlag mit der Fassadenbegrünung sehr gut von Stadtrat Dr. Schuhmann. Er könne sich daran erinnern, dass man Fassadenbegrünungen früher aus Brandschutzgründen abgelehnt habe. Deswegen möchte er in Erfahrung bringen, ob sich diese Richtlinien inzwischen geändert haben.

Dies sei eine Frage des Einzelfalles, antwortet Herr Hoffmann. Die Brandschutzvorschriften seien in diesem Sinne nicht geändert worden. Trotzdem gebe es Fälle, in denen man mit der Feuerwehr kommunizieren müsse. Der Löschangriff müsse trotz Begrünung gefahren werden können. Den Brandschutz an sich halte er für kein riesiges Thema. Deshalb sei es richtig, dort Fassadenbegrünungen zu machen, wo es gehe. Grundsätzlich halte es Herr Hoffmann jedoch für sinnvoller im Zweifelsfall eher weitere Bäume zu pflanzen.

An Stadtrat Lange und Stadträtin Leininger gewandt, weist Stadtrat Wittmann die Kritik an seiner Politik zurück. Zu seiner Zeit als Bürgermeister habe man sehr wohl mit viel Aufwand, fast alle Schulen energetisch saniert. Es sei auch sein persönlicher Einsatz gewesen, die dass die Sportheime und Sporthallen energetisch saniert wurden. Auch beim Thema Solar sei man in der Solarbundesliga oft an erster Stelle gestanden. Deshalb bittet er darum, Parteipolitik und Ideologie bei den Diskussionen rauszulassen und zu versuchen mit Fakten nach vorne zu kommen. Weiter warnt Stadtrat Wittmann vor dem Ausbau der Fernwärme. Die Fernwärme komme von der MVA in Mailing, welche nicht CO2 neutral sei. Man könne sagen, man substituiere dort fossile Brennstoffe. Dies sei in Ordnung, da man mit dem Müll auch irgendwo hin müsse. Weiter habe man als Nebenprodukt in der Raffinerie die Fernwärme, welche ebenfalls nicht CO2 neutral sei, merkt Stadtrat Wittmann an. Der dritte Baustein, welcher in seinen Augen nicht unerheblich sei, sei die Kraftwärmekopplung. Diese funktioniere mit Gasmotoren. Deshalb sei die reine Zielsetzung, die Fernwärme auszubauen, nicht zielführend, meint Stadtrat Wittmann. Zu Zeiten als Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke, könne er sich noch daran erinnern, das man mit der Kapazität der Fernwärme an Grenzen gestoßen sei, welche nur noch mit der Kraftwärmekopplung erhöht werden konnte. Man müsse aufpassen, dass man nicht in die falsche Richtung geht, bekräftigt er.

Herr Hoffmann antwortet, dass man dieses Problem bereits erkannt und mit den Stadtwerken auch schon besprochen habe. Aktuell sei die Lage so, solange es Müllverbrennung gebe, werde man diese Energie gewinnbringend als Quelle nutzen. Nach seinen Aussagen dächten die Stadtwerke darüber nach, wie sie nachhaltigere Energiequellen für die Fernwärme nutzen könnten. Mit den Überlegungen sei man aber noch nicht am Ende. Insofern müsste die Geschäftsleitung der Stadtwerke darüber berichten, wie man weiter vorgehen möchte, wenn die bisher verwendete Energie immer weniger werde.

Abstimmung über die Vorlage der Verwaltung:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.